AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Zuwanderer sollen Abgaben leisten 2

Für Recht und Würde der Frau 14

«Sicherheitspolitische Kompetenz» à la SP 17

Weihnachten in Davos GR
Bild: Verena Magnani, Bülach ZH

www.schweizerzeit.ch | 40. Jahrgang, **Nr. 24**, Freitag, 20. Dezember 2019

Die zwingende Voraussetzung für freien Personenverkehr:

Zuwanderer sollen Abgaben leisten

von Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Universität Fribourg

Die EU-Personenfreizügigkeit wird zunehmend kritisiert. Sie bringt den besonders attraktiven Ländern hohe Zuwanderung und schnelles Bevölkerungswachstum. Dadurch werden nicht leicht vermehrbare Faktoren wie Land, Infrastruktur oder Umweltqualität verknappt. Zudem entstehen externe Kosten, die nicht voll abgegolten werden.

Als Folge werden nun vielerorts Einschränkungen des freien Personenverkehrs durch Kontingente, Schutzklauseln, Inländervorrang oder sogar der Austritt aus der EU verlangt. Zu den unwirksamen und zugleich schädlichen bürokratischen Einschränkungen des freien Personenverkehrs gibt es jedoch eine freiheitliche Alternative: den freien Personenverkehr mit Zuwanderungsabgaben zur Abgeltung externer Kosten der Zuwanderung.

Menschen sind keine Güter

Die Zuwanderung in die Schweiz aufgrund der Personenfreizügigkeit wird von vielen als «Wohlstands-Treiber» gepriesen. Sie argumentieren, Personenfreizügigkeit wirke analog und so positiv wie Freihandel. Das ist falsch. Freihandel mehrt den Gesamtwohlstand bei konstanter Bevölkerungszahl. Personenfreizügigkeit hingegen führt zu asymmetrischen Wanderungsströmen in besonders erfolgreiche Länder (bis auch sie Mittelmass geworden sind – die Red.). Mit dem schnellen Bevölkerungswachstum werden verschiedene beschränkt verfügbare Faktoren wie Boden, Infrastruktur oder Umweltqualität knapper. Durch diese *Überfüllungseffekte* entstehen der Allgemeinheit Kosten – zum Beispiel durch die lokale Umweltbelastung.

Durch die Überfüllungseffekte gleicht sich die Lebensqualität zwischen den Zu- und Auswanderungsländern an und unterscheidet sich langfristig nur noch im Ausmass der Wanderungskosten. Tatsächlich ist die Welt voller solcher Wanderungsgleichgewichte. So sind London, München oder der Kanton Zug besonders attraktive Standorte. Aber weshalb ziehen nicht viel mehr Leute dorthin? Einfach darum, weil die hohen Boden- und Mietpreise sowie die anderen Überfüllungseffekte die Vorteile praktisch vollständig kompensieren. Nun kommt eine weitere entscheidende Eigenheit der EU-Definition der Personenfreizügigkeit ins Spiel: Sie verunmöglicht es, die Verlierer aus den Gewinnen zu entschädigen. Wegen dem Diskriminierungsverbot sind gezielte Kompensationen nur der einheimischen Verlierer verboten.

Schwerwiegende Fehleinschätzungen

Personenfreizügigkeit wirkt nicht nur über das Bevölkerungswachstum negativ. Viele Politiker und Manager meinen, sie lindere den Fachkräftemangel. Das steht aber im Widerspruch zum theoretisch und empirisch gestützten Argument, dass die hohe Zuwanderung bisher keinen allgemeinen Lohndruck brachte. Letzteres kann nur zutreffen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze im Gleichschritt mit der Zahl der Arbeitskräfte wächst. Doch bei gleichgewichtigem Wachstum von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften muss auch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften unverändert bleiben. Entsprechend besteht der Fachkräftemangel in der Schweiz nach einem Jahrzehnt sehr hoher Zuwanderung

Vins Précieux
K.J. Senn S.A.
CH-8703 ERLENBACH

In unserer Weinwelt finden Sie einzigartige **Grand Cru Champagner** sowie edle **Weiss- und Rotweine aus dem Burgund** und neuerdings auch **Weine vom Kap der Guten Hoffnung** - dies zu fairen Preisen, die Sie zum Staunen bringen.

alle Informationen unter **www.vinsprecieux.ch** oder **044 910 41 61**

SCHUMACHER IMMOBILIEN+
mehrwert machen

„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an."

Hugo Schumacher
4542 Luterbach
032 682 03 88
www.schumacher-immobilien.ch

unverändert fort. Die Hoffnung, die Zuwanderung reguliere sich von selbst und Zuwanderer kämen nur, solange genügend neue Stellen geschaffen würden, ist vergebens. Die Zuwanderung nimmt erst ab, wenn die Schweiz für Zuwanderer durch zunehmende Überfüllungseffekte unattraktiver wird.

Untaugliche Alternativen

Die folgenden Vorschläge zur Senkung der Zuwanderung sind weitgehend untauglich. Sie bringen hohe Kosten und mindern den grossartigen Freiheitseffekt des freien Personenverkehrs:

- *Kontingente* sollen eine zulässige Menge der Zuwanderung festlegen. Doch es gibt keine fixe «richtige» Zahl der Zuwanderung. Ihr Optimum hängt von vielen Variablen ab, etwa den Kosten der zuwanderungsbedingten Verknappung von Boden, den externen Kosten aufgrund der Verknappung von Infrastruktur und Umweltqualität, den Qualifikationen der Zuwanderer sowie der Nachfrage der Wirtschaft nach zusätzlichen Arbeitskräften.

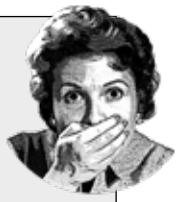
- *Schutzklauseln* legen Grenzwerte fest, ab deren Erreichung die Zuwanderung durch Kontingente und andere Massnahmen vermindert oder erschwert würde. Da die zulässigen Grenzwerte unterhalb der heutigen Zuwanderung festgelegt werden müssten, würden sie zuweilen erreicht und somit würde automatisch die Schutzklausel aktiviert. Zuwanderungswillige würden dem «vorbeugen» und rasch zuwandern, bevor die Schwelle erreicht wird. Extreme Zuwanderung und übermässige Abschottung würden sich abwechseln. Schutzklauseln sind somit «dumme Kontingente».

Freiheit durch Zuwanderer-Abgaben

Zum Glück gibt es eine bessere Alternative: Das Prinzip des freien Personenverkehrs muss neu interpretiert werden. Konkret: Der Staat soll Zuwanderungsabgaben erheben, welche die Kosten der Zuwanderung für die Allgemeinheit spiegeln. Solche Preise müssten

Fortsetzung auf Seite 4

LACHEN VERBOTEN!



George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump sind gestorben und stehen vor Gott. Gott fragt Bush: «Woran glaubst du?» Bush antwortet: «Ich glaube an den freien Handel und an ein starkes Amerika.» Gott sagt: «Schön, komm zu meiner Rechten.» Dann fragt er Obama: «Woran glaubst du?» Obama: «Ich glaube an die Demokratie und an den Weltfrieden.» Gott meint: «Wunderbar, komm zu meiner Linken!» Schliesslich fragt er Trump: «Und woran glaubst du?» Trump antwortet: «Ich glaube, du sitzest auf meinem Stuhl.»

«Grüne» Weihnachten

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

auch für nicht erwerbstätige Personen (aber nicht für Flüchtlinge) gelten. Sie sollten von der Zeit abhängen, welche die Zuwanderer hier verbringen und könnten einfach mit der Quellen- und Einkommenssteuer erhoben werden.

Mein Vorschlag für das Modell «Kurtaxe»

Bund und Kantone sollen Zuwanderungsabgaben in möglichst einfacher und transparenter Form erheben. Sie sollen für alle Neuzuwanderer während drei bis fünf Jahren gelten und pro Aufenthaltstag mit der Quellen- oder Einkommenssteuer erhoben werden. Für Grenzgänger soll ein reduzierter Satz und für Kinder ein stark reduzierter Satz gelten. Die Höhe der Abgabe soll zum einen die Kosten der durch das hohe Bevölkerungswachstum verursachten Überfüllungseffekte spiegeln und zum anderen eine gewisse Verteilung der Gewinne aus der Zuwanderung zugunsten der Verlierer ermöglichen.

Eine natürliche und gut erfassbare Untergrenze für die Abgabe bildet das Eigenkapital (Summe aller Vermögenswerte minus Fremdkapital) pro Kopf des Schweizer Staatssektors.

Die eidgenössische Finanzverwaltung weist für 2013 ein Eigenkapital des staatlichen Sektors in der Schweiz von 60 Milliarden Franken oder rund 7'500 Franken pro Kopf aus. Dabei wurde jedoch insbesondere der Bodenbesitz des Staates sehr konservativ bewertet. Das Eigenkapital des Schweizer Staatssektors dürfte bei marktnaher Bewertung auf über 100 Milliarden Franken oder mehr als 12'500 Franken pro Kopf anwachsen.

In diesem Betrag noch nicht enthalten sind beispielsweise überproportionale Kostensteigerungen infolge des wegen Zuwanderung notwenigen schnellen Ausbaus der Infrastruktur. Gleichsam fehlen die Kosten aus der Nutzung der Umwelt, oder auch der Anteil der Zuwanderer an den Gewinnausschüttungen der Nationalbank. So entspricht allein die übliche Ausschüttung der Nationalbank von einer Milliarde Franken jährlich zugunsten der allgemeinen Staatskasse und damit auch der Zuwanderer dem Realertrag aus einem Vermögen von weiteren 60 bis 100 Milliarden Franken oder 7'500 bis 12'500 Franken pro Kopf. Zusätzlich profitieren die Zuwanderer von den in der zweiten Säule angesparten Vorsorgegeldern von rund 700 Milliarden Franken oder etwa 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von rund 640 Milliarden.

Mehr Lebensqualität

Schliesslich könnte ermittelt werden, wie viel die Zuwanderer durch ihren Umzug in die Schweiz im Vergleich zu ihrem Herkunftsland gewinnen. Ihr Hauptgewinn besteht darin, dass die Schweiz eine höhere Lebensqualität bietet. Das spiegelt sich im

Bruttoinlandprodukt. Dieses liegt gemäss Zahlen der OECD mit gut 80'000 Franken jährlich kaufkraftbereinigt um etwa 30 Prozent höher als in Deutschland (und noch weit höher über dem Durchschnitt der EU). Folglich gewinnt nur schon ein durchschnittlicher deutscher Zuwanderer unter Annahme eines Arbeitsanteils am Bruttoinlandprodukt von 65 Prozent wenigstens rund 12'000 Franken jährlich. Durchschnittliche Zuwanderer, die ihr ganzes Arbeitsleben von 20 bis 65 in der Schweiz statt in ihrem Heimatland verbringen, würden einen Nettogewinn von rund 500'000 Franken (im Falle Deutschlands) oder weit mehr (im Falle von ärmeren Ländern) erzielen.

Zuwanderungsgebühr von rund 20'000 Franken pro Kopf

Die erwähnten Kosten für die Schweiz sowie die grossen Gewinne für die Zuwanderer rechtfertigen eine Zuwanderergebühr von insgesamt 15'000 bis 25'000 Franken – oder während drei bis fünf Jahren von 4'000 bis 5'000 Franken pro Jahr. Das sind etwa 11 bis 14 Franken pro Tag.

Unter Berücksichtigung von Zu- und Auswanderung dürften längerfristig mindestens 500'000 Personen in der Schweiz leben, die weniger als 5 Jahre hier gelebt haben und deshalb abgabenpflichtig sind. Sie würden zusammen einen zusätzlichen Beitrag von jährlich 2 bis 2,5 Milliarden Franken aufbringen – und die bisherigen Einwohner würden um denselben Betrag entlastet. Es bestünde sogar die Möglichkeit, mit einem Teil der Mittel die Entwicklung der Auswanderungsländer zu unterstützen.

*

Zu betonen bleibt, dass die Schweiz heute völlig frei wäre, das vorgeschlagene Modell wenigstens auf ausgewählte Drittstaaten anzuwenden. Schliesslich könnte es auch von der EU zur Lösung ihrer eigenen Wanderungsprobleme übernommen werden. Denn Zuwanderungsabgaben bringen keine Abschottung. Vielmehr dienen sie der Rettung des freien Personenverkehrs, und sie geben Volk und Regierung beste Anreize, für eine möglichst attraktive und offene Schweiz einzustehen.

Reiner Eichenberger

Gekürzte Fassung des schriftlichen Manuskripts eines Vortrags, den Prof. Eichenberger am 23.11.2019 im Hotel Mariott in Zürich gehalten hat.

Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Mutti Merkels Mädchen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter betet in ihrem Frontalangriff auf die Begrenzungsinitiative nichts anderes als die längst angeschimmelte Leier herunter, wonach Masseneinwanderung für die Schweiz «ein Segen» sei. Mutti Merkels sprichwörtliche Sturheit, die Deutschland mit der «Wir-schaffen-das»-Ideologie ins Chaos und ihre eigene Partei ins Elend gestürzt hat, hat offensichtlich unsere Bundesrätin angesteckt. Sie leiert nur noch jene hohlen Phrasen herunter, die Economiesuisse und Arbeitgeberverband für sie vorgekaut haben – als wäre sie Mutti Merkels Mädchen.

Kein Wort zu den ins Uferlose explodierenden Sozialhilfe-Kosten für Einwanderer. Nein! Die Grosskonzerne wollen billige, den Konzernchefs die Taschen füllende Arbeitskräfte. Für die Unbrauchbaren sollen die Steuerzahler aufkommen. Und jetzt sollen sie auch noch jene – von der Bundesrätin propagierte – «Übergangsrente» finanzieren, die den Konzernchefs freie Bahn gibt, allen Schweizern von 58 Jahren den Tritt in den Hintern zu geben, um sie durch billigere Ausländer zu ersetzen. Boni-trächtige «Gewinnmaximierung» auf Kosten der Steuerzahler findet da statt, skrupellosen Konzern-Herren ihre Taschen füllend.

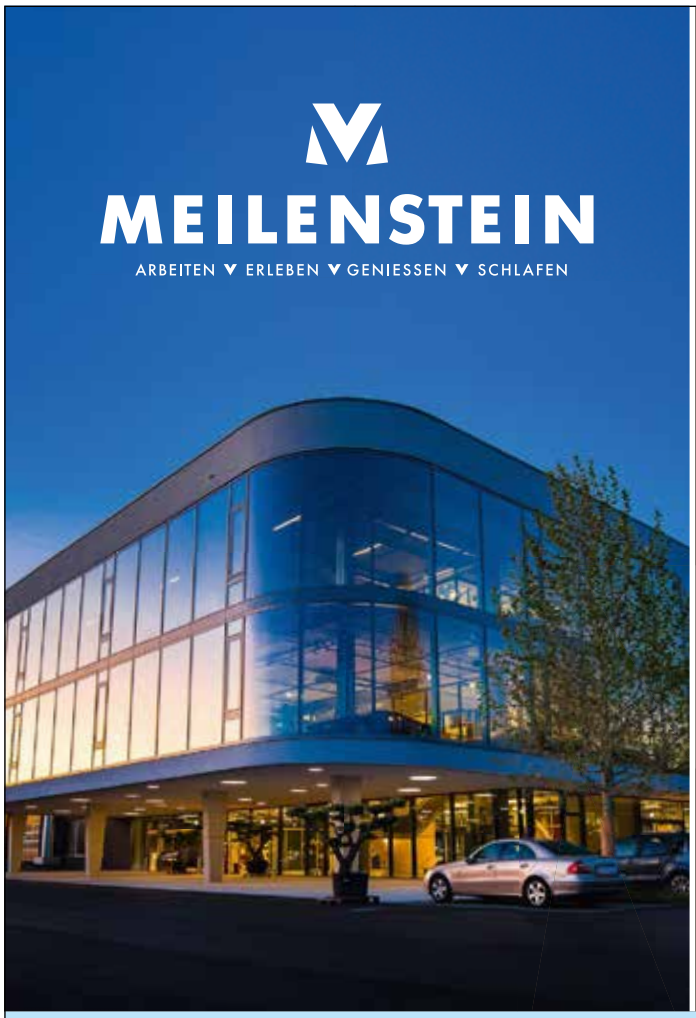
Spalte rechts

Seit Jahren verweigert der Bundesrat («Solch Kompliziertes kann man nicht berechnen!») eine Vollkostenrechnung zur Masseneinwanderung. Nur gerade die Bürokratiekosten des Migrationsamtes (über zwei Milliarden jährlich) gibt Bundesbern preis. Krankenkassen-Kosten, Gratis-Renten, Gratis-Sozialhilfe wird ebenso wenig dokumentiert wie die Kosten für Justiz, Polizei und Gefängniswesen (bis zu 80 Prozent der Einsitzenden sind Ausländer). Von den Kosten im Volksschulwesen ganz zu schweigen.

Bern und Karin Keller-Sutter wollen nicht zugeben, dass die Steuerzahler heute für die Folgen ungezügelter Masseneinwanderung Jahr für Jahr mehr zu bluten haben, als die Erneuerung unserer maroden Flugwaffe sowie der Luftabwehr in zehn Jahren kostet. Mutti Merkels Mädchen trägt den Ausverkaufskurs der Konzernbonzen mit, welche die Schweiz nur noch als Bereicherungs-Nährboden nutzen, denen Sicherheit, Eigenständigkeit und Direkte Demokratie längst nur noch lästig sind, weil sie die Schweizer nur noch als Stänkerer wahrnehmen.

Gründe genug, der Begrenzungsinitiative im kommenden Mai mit markantem Ja den Durchbruch zu sichern.

Ulrich Schlüer



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

Die grösste Indoor-Spielwelt der Schweiz

Dschungel-Themenwelt

Perfekt für deine Geburtstagsparty Hochseilgarten

Wohlfühlambiente für die Eltern Männerzimmer

Erlebe eines der grössten Spielzimmer Europas

Mega-Klettergerüst – Klettere in 15 Metern Höhe!

Europas grösster Donutglider – 70 Meter in die Tiefe rauschen!

Modernste Trampolinhalle der Schweiz

u.v.m.

Folge uns auf Social-Media

Kiddy Dome | Hauptstr. 52 | CH – 4938 Rohrbach
info@kiddydome.ch | www.kiddydome.ch
Tel. 062 5880346 (Mo-Fr 10-13:00)

In Frauenfeld zeigen die Gräber gen Mekka

Im Tode gleich?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die muslimischen Bestattungsvorschriften und -riten sind mit unseren Traditionen nur schwer in Einklang zu bringen. Sie werfen insbesondere auch die Frage auf, ob damit nicht elementare Rechtsgüter unseres Landes verletzt werden.

Auf dem Friedhof in Frauenfeld gibt es neu ein muslimisches Grabfeld. Der Wunsch danach sei schon länger vorhanden gewesen, rapportierte die «Thurgauer Zeitung».

Die meisten Muslime legen Wert auf ein islamisches Begräbnis. Die Toten sind so zu bestatten, dass sie, getrennt von Angehörigen anderer Religionen, auf ihrer rechten Seite ruhend, das Gesicht der Kaaba in Mekka zuwenden. Der Leichnam ist zudem traditionellerweise der Erde bar zu übergeben, ohne Sarg, und nur in ein einfaches Tuch eingewickelt. Und die Leichname bedürfen «ewiger» Grabesruhe.

Sonderfriedhöfe

Unsere Verfassung schliesst nicht aus, dass neben den öffentlichen Friedhöfen konfessionelle Sonderfriedhöfe bestehen, die den Angehörigen der betreffenden Religionsgemeinschaft vorbehalten bleiben. Im Thurgau gab es deshalb immer auch konfessionell geführte Begräbnisstätten, z.B. zwei katholische sowie einen jüdischen Friedhof in Kreuzlingen. Und unweit meiner Heimatstadt findet sich auch ein schöner Wald für Naturbestattungen.

Solche Begräbnisformen sind auch nicht problematisch, es obliegt aber vorab der betreffenden Gemeinschaft, sich um die Errichtung eigener privater Sonderfriedhöfe zu bemühen. Die rituellen Begräbnisvorschriften des Islam kollidieren hingegen in den meisten Fällen mit den weltlichen Regelwerken über das Bestattungswesen in der Schweiz.

In der Reihenfolge ihres Todes

Die ewige Grabesruhe zum Beispiel ist nur schon aus raumplanerischen Gründen in der überbesiedelten Schweiz nicht machbar. Die muslimischen Bestattungsvorschriften und -riten sind aber auch sonst mit unseren Traditionen nur schwer in Einklang zu bringen und werfen insbesondere auch die Frage auf, ob damit nicht elementare Rechtsgüter unseres Landes verletzt werden.

Nach den leidvollen Erfahrungen des Kulturkampfes, welcher unser Land beinahe zerriss, schrieb die Schweiz 1876 eine strikte Trennung von Kirche und Staat in ihrer Verfassung fest. In Bezug auf die öffentlichen Friedhöfe sollen die Verstorbenen in einem solchen Staat unbesehen ihrer Person und Religion in der Reihenfolge ihres Todes nebeneinander beerdigt werden.

Ein neuer Kulturkampf?

Diese Regel hatte den Zweck, die Diskriminierung Angehöriger anderer Konfessionen etwa durch örtliche Aussonderung des Grabes zu verhindern. Unbesehen von Herkunft, Geschlecht, Rasse, Religion und anderen Präferenzen sollen die Toten nach der Reihenfolge ihres Ablebens aneinandergereiht werden. Wenigstens nach dem Tode, so der moderne Grundgedanke, sollen alle Menschen gleich sein. Frauenfeld und weitere «moderne» Städte verabschieden sich nun von diesem modernen Gedanken.

Hermann Lei

Leserbriefe

Daumenschrauben für Sparer

Die Finanzkrise hat dominoartig die ganze Weltwirtschaft erfasst. Jetzt kommt die Finma und verschärft die Rückzugsbedingungen für alle Bankkunden. Wo bleibt die Vernunft? Unsere Renten werden schrumpfen, weshalb wir mit gutem Grund zu eigenem, zusätzlichem Vorsorge-Sparen aufgemuntert werden. Wo sollen wir denn sparen, wenn nicht via Bankkonti? Ohne Zins verlieren wir ja dort wegen der Teuerung sowieso schon Geld. Und jetzt werden wir noch bestraft, wenn wir es in grösseren Beträgen abheben möchten – zum Beispiel für Wohneigentum, einen medizinischen Eingriff oder eine grössere Anschaffung. Jedes Finanzinstitut und jedes andere Unternehmen ist in der liberalen Marktwirtschaft dafür verantwortlich, immer genügend liquid zu sein. Genau so stehen alle mündigen Bürger in der Pflicht, ihren Lebensunterhalt und ihre Steuerrechnungen bezahlen zu können. Die internationale Finanzindustrie hat äusserst fahrlässig die Finanzkrise verursacht. Und wir Sparer sollen dafür noch mehr bezahlen? Samthandschuhe für die Finanzwelt, Daumenschrauben für uns Sparer: Liebe Finma, faire Finanzpolitik geht anders.

Ueli Krasser, Dipl. Ing. ETH, Hagendorn ZG

Die Rosinenpicker

Wer einen Blick auf die politische Landkarte Europas wirft, dem sticht der weisse Fleck im Zentrum ins Auge – wie eine Perle in einem Kuhfladen. Man könnte auch schreiben: Wie eine prächtige Rosine in einem Kuchen. Das käme etwas höflicher daher. Der bildlich gemeinte Kuchen ist die EU, die Rosine darin die Schweiz. Nur zu oft und zu Unrecht werden wir Schweizer von der EU als Rosinenpicker bezeichnet. Da fragt man sich schon: Ist es nicht eher umgekehrt? Sie sind es doch, die nach unserer begehrenswerten «Rosine» picken. Sie möchten uns als Milchkuh haben. Darum wollen sie in einem Rahmenvertrag mit «dynamischer» Rechtsübernahme die Regeln bestimmen. Das Thema «Fremde Richter» wird dabei geflissentlich vermieden.

Gibt es Kräfte im Land, die dieses Bestreben unterstützen? Sind unsere Wirtschaftsverbände und ihr «Lobby-Umfeld» im Parlament Paladine der Grosskonzerne und der EU? Ist es verwunderlich, dass über bereits heimlich gemachte Konzessionen gegenüber der EU gemunkelt wird? Dabei sind doch Heimlichkeiten in einer direkten Demokratie Gift. Sie zerstören das Vertrauen in die Politik und in den Staat.

Peter Schnyder, Ennenda

Schweizer ohne Selbstwertgefühl?

Kürzlich habe ich mit ungläubigem Staunen in den Nachrichten gehört, dass die Schulbehörde von Wil SG beschlossen hat, gewisse christliche Weihnachtslieder sollten nicht mehr gesungen werden. Wohin soll das führen? Sind wir nicht mehr ein christliches Land – und wo ist das Selbstwertgefühl der Schweizer geblieben?

Anna Martin, Yverdon-les-Bains

Machtpolitik und Heuchelei

Der Besuch von Bundespräsident Ueli Maurer in Saudi-Arabien hat Kritik ausgelöst. Der G 20-Gipfel, die Saudis und die erstmalige Teilnahme der Schweiz, die wir Maurers Fürsprache verdanken, machen Schlagzeilen. Wegen der Affäre Khashoggi werden die Saudis zu Recht angeklagt. Gleichzeitig wird jedoch ausgeblendet, dass weltweit immer wieder Journalisten eingekerkert oder gar umgebracht werden. Aktuell in Malta, Rumänien, Russland, Iran und China. Ein wirkungsvoller Aufschrei bleibt aus. Die Medien haben die Aufgabe, dunkle Ecken auszuleuchten – ohne sich von den jeweiligen Machthabern instrumentalisieren zu lassen. Mein Fazit: Es ist richtig, dass sich die Schweiz am G 20-Gipfel in Saudi-Arabien einbringt. Die glänzende Wiederwahl von Ueli Maurer beweist, dass er richtig liegt.

Roger E. Schärer, Trin Mulin

Aufwachen!

Die Bürgerlichen sollten endlich von den Grünen und Roten lernen, wie man taktiert statt sich anbiedert. Die Grünen kommandieren zum «Klimagipfel», und die Bürgerlichen lassen sich vom Klimafaschismus vereinnahmen. Das Klima ändert sich, doch ob die natürliche Erwärmung grösser ist als die durch den Menschen verursachte, darüber orakeln die staatlich bestellten Klimagurus mit ihren Modellen. Ein Vergleich zum Entstehen des Sozialismus und Faschismus drängt sich auf. Die unfehlbare Bulle «Klimawandel» kommt ex cathedra vom Klimaolymp IPCC (= Uno). Der Zeus waren der indische Eisenbahningenieur Rajendra Pachauri und sein Vorgänger, der durch Energiegeschäfte zum Milliardär gewordene kanadische Maurice Strong (Rockefeller Geschäftspartner). Chef der Arbeitsgruppe war der Berner Staatsangestellte und Klimamodellierer Professor T. Stocker (weil die Schweiz am viertmeisten an IPCC zahlt), der in arroganter Art keine Widerrede duldet und keine Fragen beantwortet. Sein ehemaliger Student, der ETH-Professor Reto Knutti, trichtert den Schülern seine Heilsbotschaft ein, wie weiland Angela Merkel als Agitatorin der FDJ in der DDR.

Man will in Tat und Wahrheit einen Systemwechsel! Jeder, der nicht beipflichtet, ist ein Faschist, Rassist, Kapitalist, Sexist, Dümmling, Verschwörungstheoretiker oder Spinner. Mit dem Klimahype lenken diese Kreise von wirtschaftlichen und sozialen Problemen ab, die sie gar nicht lösen wollen, um das Volk besser beherrschen zu können.

Rudolf Balsiger, Oberwil ZG

EU-Kommission mit neuer Führung

PICs Volltreffer

Das Jahr 2019 geht zu Ende, und der Moment ist da, um zum Zankapfelthema «EU vs Schweiz» ein kurzes Résumé zu ziehen. Wir haben die gebetsmühlenartigen «Argumente» der EU-Turbos bis hin zum Überdruss vernommen – und man verzeihe mir: Sie wurden mit der Zeit immer schlechter! Doch steht dies hier keineswegs als Desavouierung des politischen Gegners, aber sachliche und faire Kritik sei erlaubt. Hören wir also hin, was die Mächtigen sagen zum Tsunami der Massenimmigration und zum übrigem Geschehen in Europa.

Seitdem der Merkelsche Willkommenswahn 2015 («Wir schaffen das!») den Höhepunkt überschritten hat, sind die Fanfarenklänge kollektiver Jubelstimmung hörbar abgeklungen. Das Volk schaute genau hin: Die Kriminalität stieg dramatisch an, Vergewaltigungen dito, jugendliche Intensiv-Täter schufen sich gesetzesfreie Räume, hochkriminelle Araber-Clans negieren Recht und Gesetz, Chaos und Gewalt in Aufnahmelagern und Messermorde auf den Strassen sind alltäglich. Fazit: Sie schaffen es nicht!

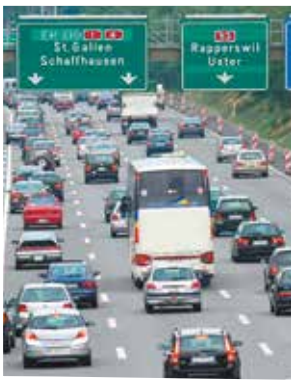
Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hat gesagt: «Die politischen Eliten sind nicht das Problem, die Bevölkerung ist das Problem!» Fazit: Botschaft angekommen – schafft das Volk ab!

Der Ex-Showmaster Thomas Gottschalk meint: «Eine Islamisierung in Europa existiert nicht!» Fazit: Dies stellte er auf seinem Luxusanwesen in Kalifornien fest, wo er permanenten Wohnsitz hat. Und die namhafte deutsche Politikerin Elke Bubel ist der Meinung: «Wer es bis nach Europa schafft, soll bleiben dürfen!» Fazit: Es lebe das Faustrecht. Kräftige Ausländer rein, Schwache, Frauen, Alte und Kinder raus.

Doch erscheint da mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen endlich Licht am Ende des Tunnels? Aus Schweizer Sicht erinnert sie eher an einen Film, dessen Darsteller man schon kennt, nicht aber die Handlung. Jedenfalls weigerte sie sich in früherer Amtsfunktion standhaft, auf Schweizer EU-Interessen bei den «Bilateralen» auch nur einzugehen.

Viele Fragen, wenig Antworten. Das Jahr 2020 wird zeigen, ob in Brüssel künftig «Neuer Wein in neuen Schläuchen» fliesst, oder ob man uns weiterhin den alten trüben Fusel kredenzt. Ich wünsche Ihnen besinnliche Festtage und ein gesundes neues Jahr!

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*



Stopp!

jetzt aktiv werden! mehr Infos bei der AUNS

Wir benötigen:
- Plakatstellen
- Aktive für Strassenaktionen
- Sponsoren für Flugblatt-Aktionen
- Spenden

«Freie Zuwanderung schadet.»
Deshalb: Ja zur Begrenzungs-Initiative.

Mehr Infos: aktion@auns.ch, Tel. 031 356 27 27

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

AUNS ASIN ASNI

heuberger
augenklinik

Besser sehen – mehr vom Leben.
Klare Sicht ohne Brille oder Kontaktlinsen dank Augenlaser-Behandlung.

ab 1790.– CHF
Alles inklusive für ein Auge*

Winteraktion
Augenlaser-Behandlung

*Profitieren Sie bis zum 29.02.2020 von unserem All-In-Paket für CHF 1'790.- pro Auge **(inkl. Voruntersuchung, Operation mit schonender PRK-Laser-Behandlung sowie 4 Nachkontrollen).** Ausschliesslich in unserer Augenklinik Heuberger AG in Olten, Solothurn, Balsthal oder Oftringen gültig. Nicht mit anderen Anzeigen oder Aktionen kumulierbar und nur einmal einlösbar. **Kontaktieren Sie uns jetzt für eine unverbindliche Beratung: Tel. 062 206 77 24.** Augenklinik Heuberger AG, Fährweg 10, 4600 Olten, www.spitalpark.ch

Weihnachten

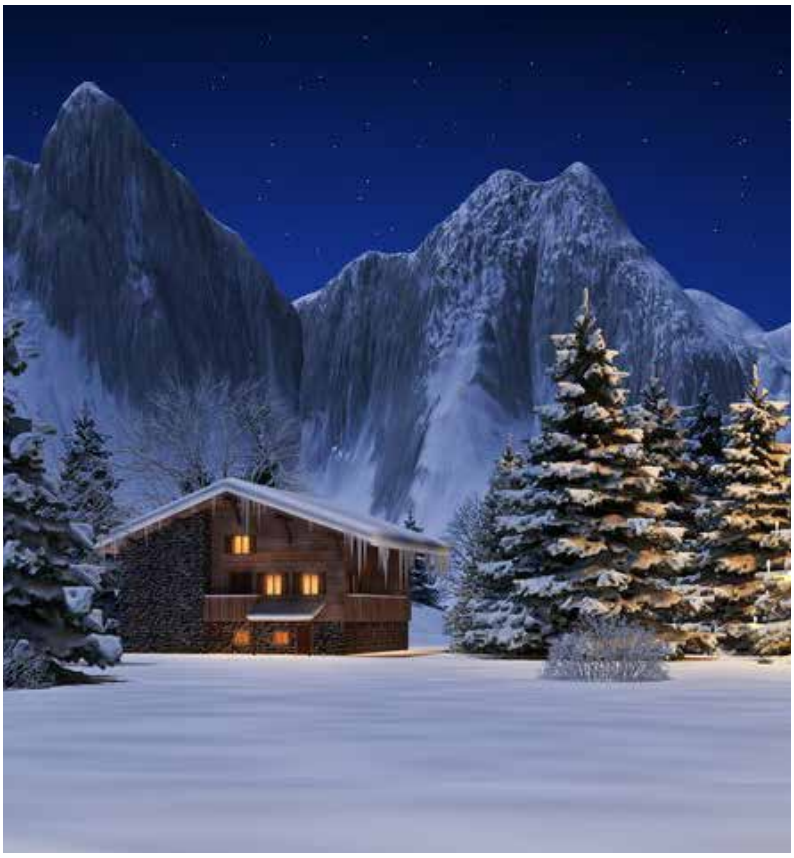
Markt und Strassen stehn verlassen,
Still erleuchtet jedes Haus,
Sinnend geh ich durch die Gassen,
Alles sieht so festlich aus.

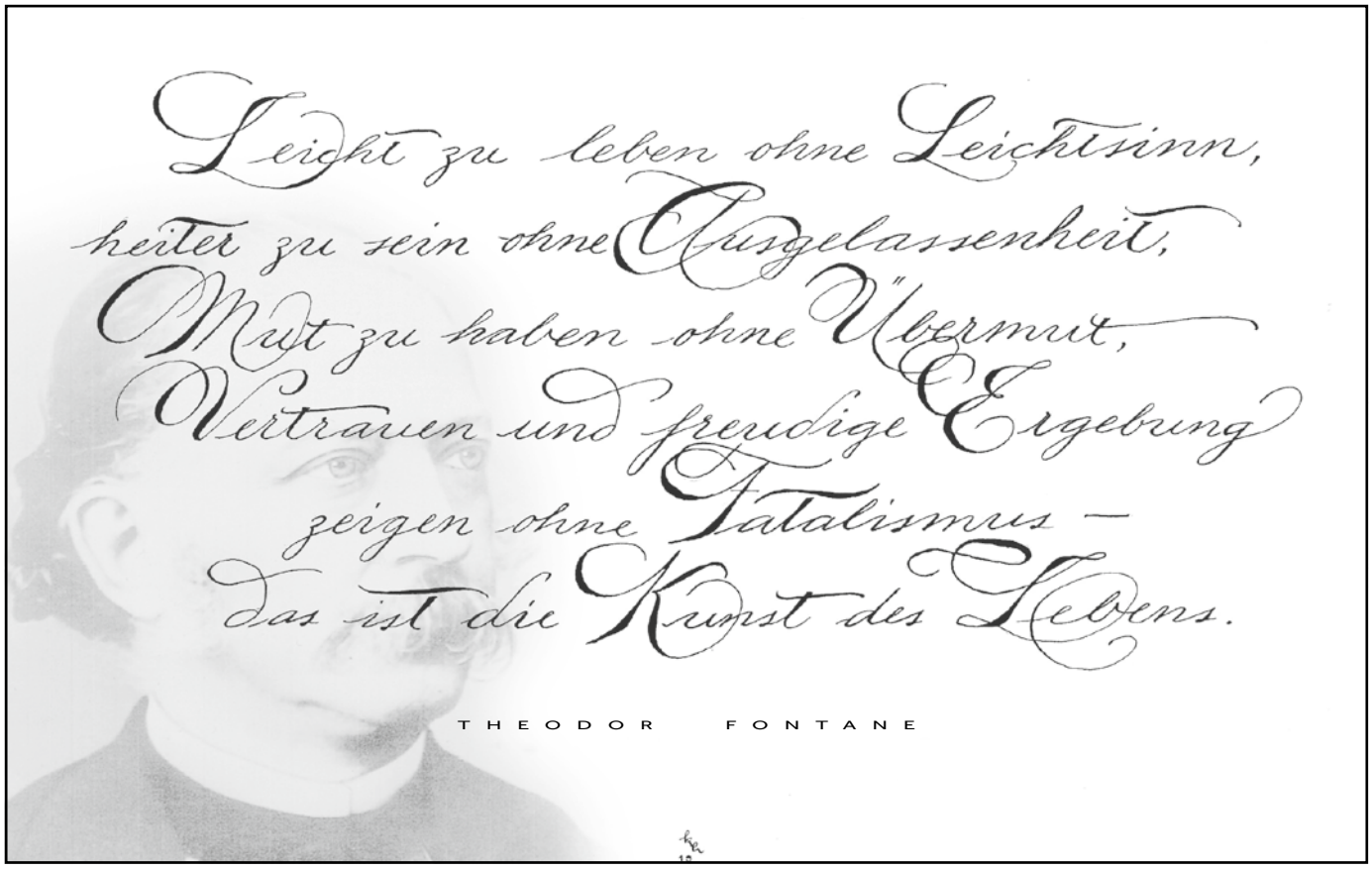
An den Fenstern haben Frauen
Buntes Spielzeug fromm geschmückt,
Tausend Kindlein stehn und schauen,
Sind so wunderstill beglückt.

Und ich wandre aus den Mauern
Bis hinaus ins weite Feld.
Hehres Glänzen, heiliges Schauern!
Wie so weit und still die Welt!

Sterne hoch die Kreise schlingen,
Aus des Schnees Einsamkeit,
Steigt's wie wunderbares Singen –
O du gnadenreiche Zeit!

Joseph Freiherr von Eichendorff
(1788–1857)





Der Verlag und die Redaktion der «Schweizerzeit» wünschen allen Leserinnen und Lesern gesegnete Weihnachten und ein gefreutes, erfolgreiches neues Jahr!

Uno-Migrationspakt

Noch nicht vom Tisch

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkomissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Kürzlich wurde der Staat Israel acht Mal von der Uno-Generalversammlung verurteilt. Auch der Schweizer Uno-Vertreter hat bei sieben Resolutionen gegen Israel gestimmt und sich bei einer Resolution der Stimme enthalten. Die Resolutionen stammten u.a. von Nordkorea, Venezuela und Saudiarabien.

Dass ein arabisches Land sich gegen Israel stellt, ist nicht weiter verwunderlich. Bedenklicher ist es, wenn sich ein desolater Unrechtsstaat wie Venezuela zum Weltrichter aufspielt und von der Uno auch noch unterstützt wird – obwohl sich der sozialistische Staatspräsident Nicolas Maduro ohne Legitimation an die Spitze seines Landes gestellt und das vom Volk mehrheitlich gewählte Parlament entmachtet hat und seine Landsleute in Scharen das Land verlassen. Was sind schon hungernde Venezolaner ohne medizinische Versorgung, während ihr Präsident Maduro im sündhaft teuren Steakhouse Nusr-Et in Istanbul futtert …

An sich könnte es ja egal sein, wenn ein südamerikanischer Staat auf Konfrontationskurs mit Israel geht, wäre da nicht die sonderbare Beteiligung der Schweiz. Eine abtretende FDP-Nationalrätin hat einem Journalisten der «Sonntagszeitung» verraten, dass die Diplomaten ein Eigenleben führten. Offenbar machen die Schweizer Diplomaten am Uno-Sitz in New York, was sie wollen, und sie finden es nicht nötig, sich mit Bundesrat Cassis, dem Chef des Aussendepartements, abzusprechen.

Und hier nun der Übergang zum unsäglichen Uno-Migrationspakt. Schon bei der Ausarbeitung des Paktes, welcher klammheimlich am Volk vorbei im Dezember 2018 in Marokko durch Bundesrat Cassis hätte unterzeichnet werden sollen, wurde geschummelt und getrickst. Die Rechtswissenschafterin Anne Peters hat dazu bemerkt, dass beim Migrationspakt viele Interessengruppen mitgearbeitet hätten, dass jedoch keine migrationskritischen Vertreter zur Vernehmlassung eingeladen wurden. Es ist auch bezeichnend, dass der Schweizer Uno-Botschafter und Leiter der ständigen Schweizer Mission am Uno-Hauptsitz in New York, Jürg Lauber, an der Ausarbeitung mitwirkte. Hier stellt sich die Frage, ob unser Mann in New York klare Vorgaben aus Bern erhielt, oder ob er weitgehend in eigener Regie handelte. In beiden Fällen wäre es ein Desaster. Zum Glück wurde dieser Taschenspielertrick durchschaut. Aufgrund massiven Drucks von bürgerlicher Seite – allen voran der SVP – reiste Bundesrat Cassis nicht nach Marokko, und die offizielle Schweiz hat damals auf die Unterzeichnung verzichtet.

Doch Vorsicht! Die Sache ist keinesfalls vom Tisch, denn nach der neuen Zusammensetzung des Parlaments muss damit gerechnet werden, dass der Migrations-Pakt zum Thema wird. Entgegen den Vorstellungen der Befürworter ist Migration kein Menschenrecht, und die Unterscheidung zwischen Flucht, Wirtschaftsmigration, legaler und illegaler Einwanderung ist sehr wohl notwendig. Vielleicht ist ja die Schaffung einer chaotischen Situation von den Migrationsschwärmern auch gewollt, damit die Möglichkeit entfällt, den Status von Zuwanderern zu erkennen und die entsprechenden staats- und sicherheitsrelevanten Schlüsse zu ziehen.

Völlig unappetitlich wird es beim Uno-Migrationspakt aber dann, wenn Einfluss auf die öffentliche Meinung genommen wird. Plötzlich muss Migration als etwas Positives bewertet werden, und negative Gefühle gegen Migranten wären zu verurteilen. Schliesslich wird vorgeschrieben, Medien zu überwachen, damit diese wohlwollend über Migration berichten. Links-grün darf dann ihre Klientel in irgendwelchen NGOs mit gut dotierten Pöstchen versorgen, damit diese als Gesinnungspolizei wirken können – mit der Möglichkeit, Sanktionen gegen Andersdenkende zu verhängen.

Der Stimmbürger muss zwingend über den Uno-Migrationspakt an der Urne entscheiden können. Nur das ist ein sicherer Weg, damit das schändliche Regelwerk entsorgt werden kann.

Markus Melzl

RISI
Service AG
Unterhalt und Reparatur von schweren & leichten Nutzfahrzeugen
Personenwagen aller Marken
www.risiserviceag.ch
Tel 041 766 99 55

«Hurra, wir leben noch!»

Rh(h)einschrift

Das Jahr 2019 neigt sich dem Ende zu – Zeit für einen Rückblick. In der Schweiz standen die Wahlen im Vordergrund, die mit der Bestätigung des bisherigen Bundesrates ihren Abschluss gefunden haben. Ansonsten war das Jahr geprägt von Demos und «Notständen». Besonders in Basel verging keine Woche ohne Kundgebung – sehr zum Ärger der Bevölkerung.

Auch sonst war die Welt, so muss man die Medienlage interpretieren, «in Aufruhr». Überall wurden dunkle Wolken an den Himmel gezeichnet. Sei es beim «Brexit» und den Wahlen in Grossbritannien, dem Verhältnis der USA zur Welt, der Amtsübernahme des brasilianischen Präsidenten oder dem Wahlsieg der AfD: Endzeitstimmung überall. Gar der «Notstand», wenn auch «nur» in Bezug auf das Klima, wurde ausgerufen – in Kantonsparlamenten bis zum EU-Parlament. Die gute Nachricht: Wir leben noch. Und vieles ist harmloser als befürchtet.

Die Klima-Debatte hat unsägliche Dimensionen angenommen. Obwohl gerade in Deutschland, so zeigt ein aktueller Beitrag der «Zeit», die Begrifflichkeit negativ belegt ist. Die Verordnung des damaligen Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat im Jahre 1933 setzte die Bürgerrechte der Weimarer Verfassung ausser Kraft und ermöglichte die Machtergreifung Hitlers. Diese Verordnung wurde aufgrund eines angeblichen Notstands erlassen. Was danach kam, ist bekannt.

Natürlich kann man die jetzige Notstandserklärung des Europaparlaments, auch jene in hiesigen Parlamenten, damit nicht vergleichen. Solange der grüne EU-Abgeordnete Giegold direkt nach der Notstandsabstimmung von Strassburg nach Berlin fliegt, kann der Klima-Notstand relativiert werden. Besorgnis erregend ist die fehlende Gelassenheit trotzdem. Denn sie gibt irregeleiteten Menschen Aufwind. So auch Roger Hallam, der den Holocaust wiederholt relativiert hat, und nun festhält, dass für die radikale Zielerreichung im Klimaschutz notfalls auch demokratische Grundrechte ausgehebelt werden müssten – wie weiland in der Weimarer Republik.

Wir tun gut daran, wenn wir uns im neuen Jahr weniger mit Untergangsszenarien und «Notständen» befassen, sondern mit kluger Gelassenheit unsere Demokratie schützen und uns nicht von ultralinken Ideologien in Panik versetzen lassen.

Joël Thüring, Grossrat Kanton Basel-Stadt

Churz&Bündig

Seit Monaten füllen Journalisten jede Zeile, TV-Macher jede Sendeminute in ihren Medien, um den Leserinnen und Lesern einzuhämmern, die Klima-Bedrohung sei das alles beherrschende Thema dieser Zeit. Doch trotz monatelangem medialem Trommelfeuer taucht die Klimafrage auf dem Sorgenbarometer der Schweizer erst auf Platz vier auf – hinter der Sorge um die AHV, dem Ärger über die unablässig steigenden Krankenkassen-Prämien und der Kritik an der Tatenlosigkeit der Classe politique gegenüber der anhaltenden Masseneinwanderung. Sind die Medienleute blind? Oder gar auf Selbstmord-Kurs?

*

«Für den Klimaschutz soll die Wirtschaft umgebaut werden», titelt der «Tagesanzeiger» am 12. Dezember. Wird mit solcher Schlagzeile derzeit Geschehendes nicht geradezu zur Idylle verklärt? Müsste es tatsachengetreu nicht heissen: «Unter klimapolitischem Vorwand wird ein führender Industriezweig Europas, die auf den weltbesten Motoren basierende, vor allem deutsche Automobilindustrie vorsätzlich zerschlagen» – was in Europa hunderttausende Arbeitsplätze bedroht. Klimapolitisch ist dieser Vorgang irrelevant: Denn was links-grüne Weltverbesserer hier mutwillig zerstören, baut China um so zielbewusster auf und aus. Chinas Führung und Chinas Arbeitskräfte können sich ob der Breitseiten gegen Industrie und Wirtschaft in Europa die Hände reiben. *us*

Ja zum Verhüllungsverbot

Für Recht und Würde der Frau

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Wir sitzen in einer typischen ägyptischen Mittelstands-Wohnung in einem Vorort von Kairo beim Tee. Amila zeigt mir ein vergilbtes Foto ihrer Mutter. Das Foto wurde 1978 am Strand von Alexandria gemacht. Ich traue meinen Augen nicht: Die sich nun streng islamisch kleidende Mutter meiner Studienfreundin Amila sitzt da mit drei Kolleginnen am Strand, alle im Bikini mit einem Fläschchen Cola in der Hand. Völlig undenkbar heutzutage, weder in Ägypten noch sonst wo in einem islamischen Land.

Auch die Muslimas in Europa wagen es nicht mehr, im Badeanzug ins Strandbad zu gehen. Was hat sich derart verändert? Amila antwortet konzis: «Der politische Islam hat Einzug gehalten. Er kennt keine Toleranz gegenüber Frauen.» Die Frauen in der Familie meiner Studienfreundin gehen deshalb nicht mehr unverhüllt auf die Strasse.

Für eine Frau ist es ein grosses Risiko, diese ungeschriebenen Regeln im heutigen Kairo zu brechen. Die männlichen Massen goutieren dies nicht, man wird zum Freiwild deklariert, als Hure beschimpft und riskiert, zusammengeschlagen oder vergewaltigt zu werden. Was in Kairo gilt, gilt auch für andere islamisch geprägte Länder – auch für sogenannt moderate.

Und nun sehen wir in der Schweiz einer Abstimmung entgegen, bei welcher es genau um diese Thematik geht. Sollen wir als westliche, laizistische Gesellschaft die Vollverhüllung in unserer Öffentlichkeit erlauben oder verbieten? Und warum?

Verhüllungsverbot gilt für alle

Nun, ein Verhüllungsverbot gilt prinzipiell für alle – für Männer wie Frauen. Sogenannte Antifa-Demonstranten müssten deshalb zukünftig auf ihre liebgewonnene Angewohnheit verzichten, total verhüllt zu randalieren. Doch dies wird im Abstimmungskampf mit Sicherheit zur Nebensache degradiert. Mächtige Organisationen drücken jetzt schon auf die Taste «Islamophobie», denn ein Verhüllungsverbot tangiert ihrer Meinung nach insbesondere islamische Frauen, welche vollverhüllt den sogenannten Burka oder Niqab tragen – und zwar hier in der Schweiz, nicht in Kairo!

Ich habe meine Studienfreundin Amila gefragt, wie sie darüber denke, warum denn Frauen mitten in Europa, in einem freien Land wie der Schweiz, sich komplett verhüllen sollten? Auch hier eine für eine Ingenieurin typische präzise Antwort: «Es gibt solche, welche von ihren Männern gezwungen werden und solche, die es als Ausdruck ihres militanten Islamismus tun, denn Burka und Niqab sind die typische Frauen-Uniform des Salafismus.»

Diese Antwort lässt für mich keinen Interpretationsspielraum offen. Weder ein Zwang durch den Ehemann noch der Ausdruck von religiösem Eifer, der sich hinter terroristischen Bewegungen wie dem Salafimus versteckt, sind zu gestatten. Dennoch setzt sich der «Schweizerische Katholische Frauenbund» vehement gegen das Verhüllungsverbot ein, und auch die sogenannte «Operation Libero» hat sich die Bekämpfung des Verbots auf die Fahne geschrieben.

Ich frage mich ernsthaft: Wie naiv sind der Katholische Frauenbund und diese junge «Libero-Frau» (sie war kürzlich mit schrillen Voten in der «Arena»), dass sie sich gegen das Verbot einsetzen?

Am 17. Januar 2020 feiert die Aargauer Auto-Partei ihr 33. Jahr seit der Gründungsversammlung in Wettingen.
Im Januar 1985 hat Dr. M. Dreher die Auto-Partei Schweiz gegründet.
Also feiern wir:

auto-partei.ch

33 Jahre Auto-Partei Aargau AGAP
35 Jahre auto-partei.ch Schweiz APS

- Schriftliche Anmeldung zur Feier der Auto-Partei Aargau, Postfach 163, 4853 Rothrist
- Die Einladung erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Der Festanlass beginnt am **Freitag, den 17. Januar 2020** um **18.30 Uhr** in **5605 Dottikon AG**.
- Spenden an Auto-Partei Aargau in Rothrist, Konto: **Neue Aargauer Bank, CH82 0588 1027 4414 1000 0**

«Wir sind immer noch da und kämpfen gegen eine Ökodiktatur!»

Wer im Zeichen religiöser Toleranz und des Selbstbestimmungsrechts erlaubt, dass Frauen entweder gezwungen werden, sich zu verhüllen oder dass sie es – als Zeichen der Verbundenheit mit einer menschenverachtenden Ideologie – sogar freiwillig tun, der irrt sich gewaltig.

Verbot von Polygamie, Verstümmelung und Kinderehen

Die Schweiz hat Polygamie verboten, obwohl diese im Islam und früher bei den Mormonen ein sakrosanktes Recht des Mannes war. Die Schweiz hat ebenso die Verstümmelung der weiblichen Genitalien verboten, obwohl diese brutale Usanz im Islam weitverbreitet ist.

Ebenso haben wir Kinderehen verboten, obwohl diese im Islam ab neun Jahren zugelassen sind. Der säkulare Staat Schweiz ist somit verpflichtet, der religiösen Freiheit Grenzen zu setzen, wenn immer diese Freiheit die Rechte und die Würde des Einzelnen stark tangieren und einschränken.

Und glauben Sie mir: Als Frau verhüllt in der Öffentlichkeit zu stehen, ist eine sehr starke Einschränkung der persönlichen Würde und Freiheit. Ich rate der Co-Präsidentin von «Operation Libero», sich einen Tag lang mit Burka in Bern oder Zürich dem normalen Leben zu stellen – sie hätte uns nachher sicherlich viel zu berichten.

Die Schweiz als Rechtsstaat darf auch keinesfalls tolerieren, dass die Ideologie des Salafismus mittels ihren mit Burka gekleideten Frauen visuelle Werbung für ihre Sache macht, genauso wenig wie der Rechtsstaat Schweiz Leute mit braunen Hemden und roten Hakenkreuz-Armbinden in der Öffentlichkeit erlaubt.

Unterdrückung statt Kleiderordnung

Es geht hier also um viel mehr als um einen staatlichen Eingriff in die Kleiderordnung, wie dies die Initiativ-Gegner behaupten. Es geht um die gesellschaftliche und staatliche Nicht-Akzeptanz von totalitären Ansprüchen, welche sich hinter einer Religion verbergen und Recht und Würde der Frau missachten. Wer die Frauen-Verhüllung akzeptiert, akzeptiert auch alle andern Unterdrückungsformen des politischen Islam.

Deshalb muss die Schweiz die Verhüllung gesetzlich verbieten. Eine Ablehnung der Initiative würde als weiteres Zeichen der Stärke derjenigen gedeutet, welche glauben, die Wahlen 2019 gewonnen zu haben.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser der Schweizerzeit, besinnliche Weihnachtstage sowie das Beste für das kommende Jahr.

Ihre Isabel Villalon

Berchtoldstag-Veranstaltung

Donnerstag, 2. Januar 2020, 10.30 Uhr

BBC-Arena, Schweizersbildstrasse 10, 8207 Schaffhausen

Christoph Blocher

«Würdigung von Schaffhauser Persönlichkeiten

Heinrich Moser
(1805–1874)
«Vom Uhrmacher zum Grossindustriellen»

Walther Bringolf
(1895–1981)
«Bürgerschreck und Staatsmann»

Albert Bächtold
(1891–1981)
«Weltreisender Wilchinger Dichter»

und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»

Türöffnung: 9.30 Uhr –

Beginn: 10.30 Uhr. Eintritt frei.

Eröffnung durch die «Munot Dixie Stompers.»
Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.

Anfahrt: Ab Bahnhof Schaffhausen Buslinie 6, Richtung Falkeneck bis Haltestelle Schweizersbild, rund 10 Minuten Fahrzeit.

Parkplätze: Bei der BBC-Arena, Schweizersbildstrasse 10, Schaffhausen

Weitere Informationen: SVP des Kantons Schaffhausen, www.svp-schaffhausen.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

Mit der Macht des Wassers

hochpräzise schneiden

Waterjet AG | Mittelstrasse 8 | CH-4912 Aarwangen
T +41 62 919 42 82 | info@waterjet.ch | www.waterjet.ch

WATERjet®

«Sicherheitspolitische Kompetenz» à la SP

von Hans Fehr, Oberstleutnant, a. Nationalrat, Eglisau ZH

Ich akzeptiere, dass man über die Armee- und Sicherheitspolitik verschiedene Ansichten haben kann. So oder so muss man seine Haltung aber fundiert begründen können. Was jedoch die SP und ihre rotgrünen Trabanten, angeführt von ihren «Spezialisten» in den Sicherheitspolitischen Kommissionen des Bundesparlamentes, von sich geben, ist derart lebensfremd und realitätswidrig, dass man fast körperliche Schmerzen empfindet, wenn man sich diesen Unsinn anhören muss.

Dennoch ist es der seinerzeitigen SP-Nationalrätin und «Sicherheitsspezialistin» Chantal Galladé jahrelang gelungen, sich auch bei bürgerlichen Kollegen als angebliche (wenn auch «kritische») Armeefreundin anzubiedern. Dies, obwohl sie praktisch alle Armeebudgets und -vorlagen bekämpft hat, im Jahr 2014 selbstverständlich auch den «Gripen». Den Vogel abgeschossen hat sie mit ihrem Einsatz für eine «freiwillige Miliz» – eine Absurdität, die ich ihr seinerzeit in der Kommission an meinem eigenen Beispiel dargelegt habe: «Ich bin am sehr heissen 21. Juli 1969 – am gleichen Tag, als Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat – mit hunderten Kollegen in die Motorisierte Infanterie-RS in Bière VD eingerückt. Die Stimmung im Morges-Apple-Bière-Bähnchen war eher lustlos. Wäre ein Offizier aufgetaucht und hätte uns gesagt: ‹Meine Herren, der Militärdienst ist ab sofort freiwillig›, so wären mit Sicherheit 90 Prozent nach Hause zurückgekehrt – ich ebenfalls.» Soviel zur freiwilligen Miliz. Weil es aber nicht freiwillig war, habe ich nachher noch rund 1'400 Diensttage geleistet.

Gleichzeitig hat Chantal Galladé aber keine Möglichkeit ausgelassen, auf Staatskosten immer wieder «militärisch» ins Ausland zu reisen, u.a. an diverse Nato-Versammlungen, zur Swisscoy in den Kosovo etc., in teuren Hotels zu residieren und die entsprechenden üppigen Entschädigungen zu kassieren.

Neuerdings macht die SP weiterhin mit einer «Sicherheitspolitik» von sich reden, die noch realitätsfremder ist. So hat sie kürzlich anstelle eines modernen Kampfflugzeuges eine Billiglösung mit aufgemotzten Schulflugzeugen vorgeschlagen. Wer auch nur einen Funken Sachverstand hat, darf einen solchen Unsinn nicht einmal träumen. Aber es kommt noch dicker: Die neue Militär- und Sicherheits-Koryphäe der SP scheint nun Nationalrätin Priska Seiler Graf aus Kloten zu sein. Faktenresistent und ohne jegliche Sachkenntnis gibt sie in den Medien Dinge von sich, die objektiv so falsch sind, dass nicht einmal das Gegenteil wahr wäre (wie es der legendäre Regierungsrat Alfred Gilgen jeweils zu sagen pflegte).

Bei der kürzlichen Debatte um das neue Kampfflugzeug hat Frau Seiler-Graf behauptet, mit dem Billigflieger hätten wir «doppelte Sicherheit zum halben Preis». So einfach ist das also. Zudem sind die wahren Wohltäter der Schweiz gemäss Frau Seiler nicht etwa die Soldaten, die ihre verfassungsmässige Wehrpflicht leisten, sondern die Zivis, die angeblich einen «unschätzbaren» und «unersetzlichen» Einsatz für unsere Gesellschaft leisten – und von denen es gar nicht genug geben könne. Ebenso schwärmt sie vom segensreichen Wirken unserer «Friedenssoldaten» (Swisscoy) im Kosovo, die sich auf Patrouillengängen unters Volk mischten und mit «Augen und Ohren» die Stimmung zwischen den Serben und den Kosovaren erkundeten. (Anmerkung: Ich habe bisher gar nicht gewusst, dass die Swisscoy-Angehörigen offenbar perfekt Serbokroatisch und Albanisch sprechen.)

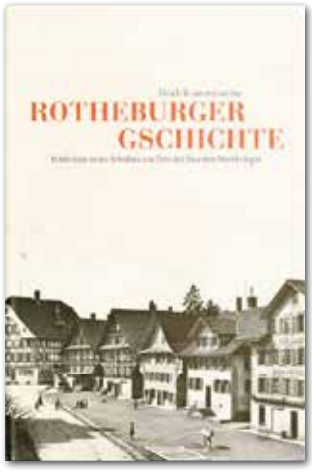
Auch die weiteren trotzigen Äusserungen von Frau Seiler-Graf zu Armee-, Rüstungs-, Rüstungsausfuhr- und Sicherheitsfragen lassen jegliche Sachkenntnis vermissen. Sie hat im Bereich Militär und Sicherheit von «Tuten und Blasen» schlicht keine Ahnung.

Noch einmal: Warum sagt sie (mitsamt ihrer SP) nicht einfach offen, dass sie keine Armee will? Das wäre zumindest ehrlicher. Aber dann könnten die Roten und Rotgrünen nicht mehr so gut von militärischen Helikopterflügen, teuren Auslandreisen und hohen Kommissionsentschädigungen profitieren. Und darauf verzichtet man in diesen Kreisen äusserst ungern.

Hans Fehr

BauExpert GmbH
Dipl. oec. Alfred Zogg
Loomattstrasse 14c
CH-8143 Stallikon
H. 079 679 06 22
info@bauexpert-gmbh.ch
Bei Wasserschäden und Ablaufverstopfungen wählen Sie die Nummer: 079 757 70 31
bau EXPERT
24h SERVICE 7 TAGE
www.wasserschaden-24-7.ch
Für sämtliche Bauausführungen und Folgeschäden.
www.bauexpert-gmbh.ch

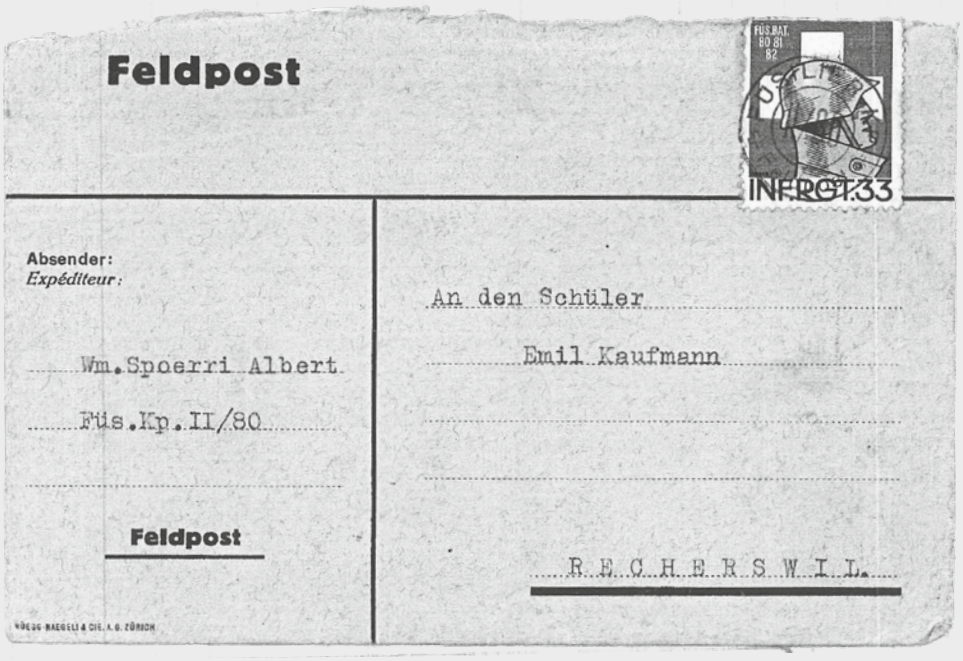
ROTHEBURGER GSCHICHTE
Erlebnisse eines Schülers zur Zeit des zweiten Weltkrieges
Zu beziehen bei:
Rex Buch Shop, Arsenalstrasse 24, 6011 Kriens
oder beim Verfasser:
Ulrich Krummenacher
Glütsch/Zwieselberg 101
3645 Gwatt
Tel. 033/657 24 19
Illustriert, in Luzerner Dialekt, 65 Seiten,
Preis Fr. 14.80



Militärweihnacht 1939

Nochmals besten Dank und
ein gutes neues Jahr wünscht Dir
sowie Deinen lieben Eltern:

Wm. Spoerri G.
Füs. Kp. II/80
Feldpost.



Diese Feldpost-Postkarte hat der damals 9-jährige Schüler Emil Kaufmann in Recherswil SO nach Weihnachten 1939 von Wachtmeister (Wm) Albert Spörri als Dank erhalten.

Die Schülerinnen und Schüler haben in den Jahren des Aktivdienstes bekanntlich Weihnachtspakete und Briefe an «ihren Soldaten» im Feld gesandt. Als Besonderheit hat Wm Spörri, der als «Gesandter» des Schweizerischen Turnverbandes vor dem Krieg im Ausland gewesen war, «seinem Schüler» eine Illustration des Verbandes beigelegt.

Die Weihnachtspakete und -briefe der Schweizer Schuljugend an die Soldaten an der Grenze haben wesentlich zur Moral der Truppe beigetragen.

Windbeutel-Journalismus

Die Niederlage ist wahrhaft krachend Tatsache geworden.

Während Wochen, sozusagen ab dem Wahltag, dem 20. Oktober, inszenierten die Medien – mit den Windbeutel-Journalisten von Fernsehen SRF als Speerspitze – buchstäblich täglich neue Kombinationen, neue Intrigen, neue Rankünen, neue Machenschaften. Mit dem einzigen Ziel, Ignazio Cassis als Bundesrat abzuschiessen, eine grüne Königin an seiner Stelle zu inthronisieren. Zunächst, weil sie nicht gleich spurten, wurden die Grünen geschmäht, ihren Wahlsieg nicht ausnützen zu wollen. Feigheit wurde ihnen solange vorgeworfen, bis die Geschmähten weichgeklopft waren, also selbst glaubten, nicht länger zögern zu dürfen.

Akzent

Dabei hing das tägliche Beschwören neuer SRF-Erfindungen im Blick auf die angeblich «spannendste Bundesratswahl aller Zeiten», dem Publikum längst zum Halse heraus …

Als sich die stets lächelnde Regula endlich zur Kandidatur bequemte, war es wiederum TV SRF – nicht die Grüne Partei – die ihren geradezu monarchischen Auftritt «Ich bin bereit!» theatralisch in Szene setzte. Die Fraktion hob sie, um Stunden den Taktgebern von TV SRF nachhinkend, dann eben auch noch auf den Schild …

So zeigen die Medienmacher, wer die wahre Macht im Staat innehat, wer die Parlamentarier – mindestens gewisse, besonders mediengeile Parlamentarier – an seinen Fäden tänzeln und zappeln lassen kann.

Doch mit Regulas Erklärung, als «verantwortungsvolle Kandidatin» bereitzustehen, war es auch schon vorbei mit der Show. Nicht einmal Links-Grün unterstützte die Kandidatin der Medien geschlossen. Der heutige Wahlmodus für die Landesregierung lädt eben dazu ein, gegen Abweichler Retourkutschen in Bewegung setzen zu können. Das diszipliniert die Wählenden – vor allem all jene, die sich «für später» auch noch Hoffnungen hingeben. Diese aufrecht erhaltend, opfert niemand seine Stimme leichtfertig den Windelbeutel-Journalisten – oder jenen, die Hunger verspüren, unsere Schweiz in den nächsten Jahren «glättliplättli» zu walzen.

us

Erdogan auf der Anklagebank?

Dass die 70-jährige Nato vor grossen Problemen steht, ist offensichtlich. Ihr grosses Verdienst unter Führung der USA bestand zweifellos darin, dass sie als Gegengewicht zum einstigen Warschauer Pakt die Welt dank dem «Gleichgewicht des Schreckens» vor einem verheerenden Atomkrieg bewahrt hat. Auch in der heutigen «neuen Lage» muss sich die Nato zusammenraufen und weiterhin die militärische Garantin der freien westlichen Welt bleiben – wer denn sonst?

Nun gibt es unter den 29 Nato-Mitgliedern zum Teil sehr unterschiedliche Interessen. Vor allem der türkische Präsident Erdogan ist für die Nato insbesondere wegen seines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Kurden in Nordsyrien auch für die Nato zur grossen Belastung geworden. Dass er dies unter dem Siegel «Kampf dem Terror» (für ihn sind alle Kurden Terroristen) und in Absprache mit Putin tut, dass Donald Trump gleichzeitig die amerikanischen Truppen abzieht und die Kurden damit verrät, stellt die geschwächte Nato vor eine schwierige Aufgabe.

Dabei besteht gerade gegenüber den Praktiken des autokratischen türkischen Präsidenten wenig Grund zur Zurückhaltung: Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf syrisches Gebiet und der Vertreibung hunderttausender Kurden hätte er bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1946/47 auf der Anklagebank gesessen. Denn bekanntlich wurden damals vier Hauptanklagepunkte formuliert: Neben den Tatbeständen «Verschwörung» (Plan zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden), «Kriegsverbrechen» (gegen feindliche Truppen und die Zivilbevölkerung) sowie «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» (systematische Ermordung, Ausrottung, Versklavung) gehörte dazu auch die «Planung und Entfesselung eines Angriffskrieges». Warum also die feige Zurückhaltung gegenüber Erdogan?

Hans Fehr

Entschliessung des EU-Parlaments zu den «Afrika-Grundrechten»

Umgehend widerrufen!

Wieder einmal hat das EU-Parlament von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt und von den Mainstream-Medien totgeschwiegen, ein Vertragsmachwerk erlassen, das für die Völker Europas verheerende Folgen haben wird.

Mit der sogenannten Entschliessung zu den «Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa» hat das EU-Parlament nicht nur umfangreiche Sonderrechte für afrikanische Einwanderer beschlossen, sondern auch der grenzenlosen Masseneinwanderung aus Afrika Tür und Tor geöffnet.

Die wichtigsten Punkte der Entschliessung

• Die Mitgliedsstaaten sollen dafür sorgen, dass «Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auf sicheren und legalen Wegen in die EU einreisen können» (Punkt 23).

• Afrikaner sollen verstärkt in Fernsehsendungen und anderen Medien gezeigt werden, damit «ihrer fehlenden Repräsentanz sowie dem Mangel an Vorbildern für Kinder afrikanischer Abstammung angemessen entgegengewirkt wird» (Punkt 11).

• Ein staatlicher «Plan für die Beteiligung ethnischer und rassischer Minderheiten am Erwerbsleben» (Quotensystem) soll festgelegt werden (Punkt 25).

• Afrikaner seien angeblich auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert, weshalb der Staat dafür Sorge tragen müsse, dass diese nicht länger in «räumlicher Absonderung in einkommensschwachen Gebieten mit schlechter Qualität und engen Wohnverhältnissen» leben müssen (Punkt 22).

• Die «Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung» soll in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden (Punkt 20).

• Sogenannte «Monate der schwarzen Geschichte» sollen auf nationaler Ebene eingeführt werden (Punkt 5), sowie ein «Jahrzehnt der Menschen afrikanischer Abstammung» offiziell begangen werden (Punkt 6).

• Arbeitsgruppen gegen «Afrophobie» sollen eingerichtet (Punkt 14) und linke Nichtregierungsorganisationen finanziell von den Regierungen unterstützt werden (Punkt 12).

• Wer sich mit der von der EU verordneten Umerziehung nicht abfinden will, soll als sogenannter «Hassverbrecher» von den Behörden «erfasst, untersucht, verfolgt und bestraft» werden (Punkt 15 und 16).

• Hingegen soll es der Polizei und Geheimdiensten verboten werden, bei der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle Täterprofile zu erstellen, die auf eine dunkle Hautfarbe hinweisen; vielmehr sollen die Beamten verpflichtend an Anti-Rassismus-Schulungen teilnehmen (Punkt 17).

Ganz im Sinn des Uno-Migrationspaktes fordert die Entschliessung Afrikaner in unbegrenzter Zahl kontrolliert und planmässig nach Europa zu transportie-

«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00
A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie
OCoTex AG – 041 799 50 00

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI POSCHIAVO/GR
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch
Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

«Auch der Uno-Migrationspakt muss dringend zurückgewiesen werden!»

Ernst Merz, Zug

ren und illegale Einwanderung zu legalisieren. Zwischen Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern wird überhaupt nicht mehr unterschieden. Auch ist keinerlei Obergrenze für die Einwanderung vorgesehen. Die Neuankömmlinge sind dann von der einheimischen Bevölkerung, die erst gar nicht nach ihrer Zustimmung gefragt wurde, nicht nur zu alimentieren, sondern dieser auch in allen Bereichen, auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, den Medien, der Kultur und im Bildungssystem vorzuziehen. Begründet wird dies alles mit der grotesk anmutenden Behauptung, dass «Menschen afrikanischer Abstammung im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen» hätten.

*

Die Entschliessung des EU-Parlaments zu den «Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa» ist ein unerhörter Affront gegenüber den Völkern Europas. Von einer demokratischen Vertretung europäischer Interessen kann hier keine Rede sein – wohl eher von einer den Europäern feindlichen Gesinnung des EU-Parlaments. Wir müssen jetzt unsere Stimme erheben und den Brüsseler Eliten klar machen, dass wir dies nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Bitte Petition unterzeichnen

Mit der untenstehenden Petition fordern wir das EU-Parlament auf, die Entschliessung zu den «Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa» umgehend zu widerrufen. Unterzeichnen Sie bitte die Petition. Setzen Sie damit ein Zeichen gegen die grenzlose Masseneinwanderung nach Europa.

https://www.patriotpetition.org/2019/12/05/entschliessung-des-eu-parlaments-zu-den-afrika-grundrechten-umgehend-widerrufen/

Das Büro Ha deckt auf!

Die Wahlen sind vorbei. Jetzt müssen die Hülsen-Drescher und Farblosen nicht mehr von den Plakaten grinsen. Jetzt können die unanständigen, naiven und gehorsamen Ahnungslosen völlig losgelöst dem EU-Rahmenabkommen huldigen und ihr wahres Gesicht bzw. ihre Fratze zeigen. Frech und dreist der Kohäsions-Milliarde zustimmen. Weil sie den Mut zur Ehrlichkeit und Fairness vor den Wahlen nicht hatten. Das ist Betrug am Bürger. Und der Bundesrat kuscht in alt bekannter Marionetten-Manier. Das ist kein Vertrag, weil ein Vertrag unter Partnern abgeschlossen wird. Dieses Abkommen ist nichts anderes als das Diktat der EU. Weil die EU Geld braucht. Deshalb wurden ja die Banken ausgenommen. Und jetzt ist die Schweiz dran.

*

Es funktioniert wirklich nicht. 2018 wurden 6'137 Einschleicher auf dem Luftweg ausgeschafft. 2019 dürften es rund 7'000 sein. Aussicht auf Verbesserung? Fehlanzeige. Bei 214 Asylos gab es (Amtsdeutsch) einen «Sonderflug mit Begleitung». Das heisst im Klartext, dass 214 «Gäste» mit Polizeibegleitung und einem «VIP Flug» in der Regel «solo» ausgeflogen wurden. Toll, an jedem Arbeitstag ein Extra-Flug! Alle Flüge kosteten gut sechs Millionen Franken. 2'731 Flüge mussten annulliert werden, da die Asylos nicht greifbar waren bzw. untergetaucht sind. Bekanntermassen müssen auch diese Tickets bezahlt werden. Damit haben wir wiederum einige Illegale mehr im Land. Aber wen kümmern die Illegalen?!

Tis Hagmann

Ergänzung und Berichtigung

Zum in der letzten «Schweizerzeit» erschienenen Artikel von Alain Pichard mit dem Titel «Bildungskatastrophe» unterblieb die Herkunftsangabe: Er erschien im Blog «Condorcet».

In der Wahlnachlese «Alle gegen die SVP» in der «Schweizerzeit» 21/2019 vom 8. November blieb die Tatsache unerwähnt, dass eine Listenverbindung SVP/FDP nicht bloss im Kanton Aargau, sondern auch im Kanton Thurgau zustande gekommen ist.

Wir bitten für diese Unterlassungen um Entschuldigung. *us*

DIE WELTWOCHE

Die andere Sicht!

Die Weltwoche bereichert seit über 80 Jahren den Wettbewerb der Argumente durch die grösste Vielfalt an fundierten Meinungen. Sie schreibt und spricht aus, was andere nicht zu sagen wagen.

Überzeugen Sie sich selbst!

Jetzt abonnieren!

Probeabo:
8 Ausgaben nur Fr. 38.–
Telefon 043 444 57 01
kundenservice@weltwoche.ch

www.weltwoche.ch/abo

Der Vaterschaftsurlaub:

Schaden für Wirtschaft und Wohlstand

von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen (ZH)

Leider gibt es nicht nur unter den Linken Staatsaufbläher. Das zeigt sich besonders deutlich beim zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub. Manche Konzerne und Firmen haben bezahlte Papi-Ferien als Wettbewerbsvorteil eingeführt. Jetzt wären sie froh, wenn ihnen sämtliche Arbeitnehmer mit entsprechenden Lohnabzügen diese Ausgaben abnehmen würden.

In den letzten Jahren wurde es in der Schweizer Wirtschaft zunehmend chic, die jungen Männer mit immer umfangreicheren Papi-Urlauben zu ködern. Als ob ein einigermassen vernünftiger Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz nach dem Angebot an Vaterschaftsurlaub auswählen würde. Den Vogel abgeschossen hat diesbezüglich der Pharmariese Novartis, der den jungen Vätern neuerdings vierzehn Wochen Urlaub anbietet – um gleichzeitig anzukündigen, man werde 2'000 Stellen streichen. Es geht hier immerhin um den Verlust jeder sechsten Arbeitsstelle, was vor allem die Region Basel hart trifft.

Steigende Kosten schaden dem Werkplatz Schweiz

Norbert Thom, emeritierter Professor für Organisationslehre an der Universität Bern, sagte es richtig: Der Werkplatz Schweiz sei im internationalen Wettbewerb nicht nur durch das hohe Lohnniveau unter Druck, sondern auch durch die ständig steigenden Nebenkosten. In diesem Zusammenhang sagte er wörtlich: «Denken Sie nur an das zurzeit sehr aktuelle Thema Vaterschaftsurlaub.» Dennoch will Novartis den Urlaub für frischgebackene Väter weltweit von bislang sechs Tagen auf vierzehn Wochen anheben. Das ist so lange wie das gesetzliche Minimum an Mutterschaftsurlaub, der einer Frau nach der Geburt zur Erholung von den Strapazen zusteht.

So wie die Novartis haben auch andere grössere und mittlere Betriebe gehandelt und grosszügige Vaterschaftsurlaubsmodelle entwickelt. Alle diese Firmen und deren Funktionäre in den Wirtschaftsverbänden sind darum froh, dass das Parlament zwei Wochen Vaterschaftsurlaub und damit eine neue Sozialversicherung einführen will. Denn damit tragen sämtliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels Lohnabzügen die Hälfte der Kosten. Einmal mehr wird die Abgabenquote erhöht.

Ein neues Sozialwerk, trotz unsicherer AHV und IV

Zum Glück wurde gegen diese wirtschaftsfeindliche Vorlage das Referendum ergriffen. Es ist ein gutes Zeichen, dass wenigstens einzelne kantonale Gewerbeverbände das Initiativkomitee unterstützen. Dennoch ist und bleibt es unverständlich, dass weder der Arbeitgeberverband noch der Schweizerische Gewerbeverband gegen diese weitere Verteuerung der Arbeit und gegen diese neuerliche Staatsaufblähung auf die Barrikaden gehen. Denn bereits heute macht der Sozialstaat einen vollen Drittel unserer wirtschaftlichen Gesamtproduktion aus. Zudem soll mit dem Vaterschaftsurlaub ein neues Sozialwerk ins Leben gerufen werden, obwohl noch nicht einmal die Finanzierung unserer bestehenden Sozialwerke gesichert ist. Die Invalidenversicherung ist mit sieben Milliarden verschuldet, die AHV schreibt mittlerweile jährlich ein Defizit von über einer Milliarde Franken und wird in wenigen Jahren rote Zahlen schreiben.

Wohlstand muss erwirtschaftet werden

Nun geht es beim Papi-Urlaub keineswegs um die Behebung eines schreienden sozialen Unrechts. Jeder junge Vater nimmt bei der Geburt eines Kindes problemlos und mit Freuden ein oder zwei Wochen Ferien. Wir sollten uns gelegentlich wieder daran erinnern, dass unser Wohlstand zuerst erwirtschaftet werden muss, und dass sich die Schweizer Wirtschaft in einem globalen Wettbewerb befindet. Niemand kann ja im Ernst glauben, dass in asiatischen Ländern der Vaterschaftsurlaub ein Thema sein könnte. Ähnliches gilt für die USA, wo man in den ersten Jahren nach Antritt einer neuen Stelle höchstens eine Woche Ferien beziehen darf. Das sind keine von mir erfundenen Schreckgespenste. Das habe ich als junger Berufsmann in Amerika persönlich erlebt. Und als Vater von vier Kindern auch problemlos überlebt.

Deshalb unterzeichnen Sie noch heute das Referendum gegen diesen teuren und unnötigen Vaterschaftsurlaub mit dem alle für die Ferien von einigen wenigen bezahlen müssen!

Thomas Matter

Das Büro Ha deckt auf!

Frankreich ist in der Islamisierung schon sehr weit. Im Fürstentum Macron ist es an Staatsschulen verboten, Weihnachten zu feiern. Keine Weihnachtslieder mehr, keine Schulweihnacht, keine christlichen Symbole und kein geschmückter Weihnachtsbaum mehr. Die verbreiteten Worthülsen für dieses schändliche Duckmäusertum sind den Medien keine Zeile wert. Früher nannte man die Verantwortlichen für dieses devote Tun «Hosenscheisser». Diese Spezies gibt es leider auch in Wil SG.

Tis Hagmann

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 37)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH

Ab dem Frühjahr 1996 nehmen die Verhandlungen Schweiz-EU über künftige bilaterale Abkommen definitiv Fahrt auf. Dies insbesondere, nachdem sich die vier Bundesratsparteien auf eine Erweiterung des Mandats geeinigt haben. Im Personenverkehr wird die Gleichstellung von EU-Arbeitskräften mit Schweizern angestrebt, und später soll das Kontingentssystem (es wurde 1970 eingeführt und wird bis 2007 erfolgreich praktiziert) durch eine Schutzklausel abgelöst werden. Zudem soll über die schrittweise Zulassung von 40 Tonnen-Lastwagen mit gleichzeitiger Anhebung der Schwerverkehrsabgabe verhandelt werden.

Die SVP vertritt die strikte Haltung, dass das erweiterte Verhandlungsmandat keinesfalls auf einen freien Personenverkehr und auf die Preisgabe der 28 Tonnen-Limite hinauslaufen darf. Dies muss nötigenfalls mit Referendum verhindert werden. Wir verlangen vom Bundesrat im Gegenteil, dass er das EU-Beitrittsgesuch vom Mai 1992 umgehend zurückzieht und damit Brüssel klarmacht, dass unser Land souverän bleiben will und dass ein EWR/EU-Beitritt nicht in Frage kommt. Mit dieser klaren Haltung würde auch den Schweizer Unterhändlern der Rücken gestärkt.

Am 11. April 1996 veranstalten die SVP und die SP des Bezirks Meilen in der «Vogtei» Herrliberg ein Streitgespräch zwischen Christoph Blocher und Peter Bodenmann zum Thema EU/freier Personenverkehr/28 Tonnen-Limite. Der Saal ist mit über 700 Personen zum Bersten voll; 200 zusätzliche Interessierte verfolgen das Geschehen in einem Nebensaal auf Grossleinwand.

Bodenmann hat trotz einem gewissen Walliser Charme und trotz einer sehr speziellen «Defensiv-Taktik» einen schweren Stand: Mehrmals lobt er Christoph Blocher für dessen klare Haltung, weil nur so gute Lösungen resultieren könnten. Und er lobt auch immer wieder «de Üeli Mürer» (Parteipräsident Ueli Maurer), der begriffen habe, dass es sich die Schweiz nicht leisten könne, weitere drei Jahr über bilaterale Lösungen zu streiten. Immerhin bekennt Bodenmann offen, Befürworter eines raschen EU-Beitritts zu sein. Der Spagat, dies mit den bilateralen Verhandlungen und mit der folgenschweren Personenfreizügigkeit in Einklang zu bringen, misslingt ihm aber völlig – obwohl er immer wieder die Notwendigkeit flankierender Massnahmen beschwört, mit denen er Schweizer Arbeitnehmer schon damals vor Lohndumping schützen will. (Es gibt am linken Polit-Himmel nichts Neues unter der Sonne).

Blocher gewinnt die Leute rasch mit Aussagen wie: «Nach dem EWR-Nein hat der Bundesrat den Auftrag, die Unabhängigkeit der Schweiz zu wahren. Zuerst muss das Beitrittsgesuch zurückgezogen werden, sonst diktiert uns Brüssel jeden Vertrag. Es sind die südlichen EU-Länder mit vielen Arbeitslosen wie Spanien, Portugal und Italien, die auf einen freien Personenverkehr drücken, damit sie ihre Arbeitslosen ‹exportieren› können. Die Sozialdemokraten hatten schon immer einen Hang zu diesem internationalen Zeug. Die Schweiz muss bei den Verhandlungen über den freien Personenverkehr und die 28 Tonnen-Limite der EU klar machen: bis hierher und nicht weiter! Nachgeben darf man erst am Schluss von Verhandlungen.»

Am 21. Juni 1999 werden Brüssel und Bern die sieben bilateralen (sektoriellen) Akommen unterzeichnen. Sie betreffen die Bereiche Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Landverkehr, Luftverkehr und

Weihnachts-Aktion

Jetzt bestellen!

Unsere ausgezeichneten, preisgünstigen

MEILENSTEIN-Weine

aus unserem Rebberg in Berg am Irchel im Zürcher Weinland, gekeltert in der Kartause Ittingen.

RIESLING-SYLVANER (2018)

Für «Schweizerzeit»-Leser(innen) Preisreduktion.
Ab 10 Flaschen mit Zusatzrabatt.

Bestellen bei Hans Fehr, Eglisau, 079 341 54 57 / hans-fehr@hans-fehr.ch
oder Thomas Düsel, Küsnacht, 076 567 19 00 / thomas.duesel@gmx.ch

Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

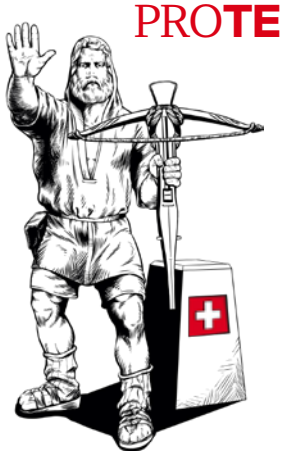
PROTELL

Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.

Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/**jetzt**
www.protell.ch/**maintenant**
www.protell.ch/**subito**

031 312 19 78



Forschung. Die Verträge werden dann als sogenannte «Bilaterale I» am 21. Mai 2000 vom Volk mit 67,2 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen und am 1. Juni 2002 in Kraft gesetzt. Dass die Schweiz fortan immer wieder als «Rosinenpickerin» bezeichnet wird, ist absurd. Hauptprofiteurin ist eindeutig die EU. Das Kernproblem ist wegen der unkontrollierten Zuwanderung eindeutig die Personenfreizügigkeit. Darum ist ein Ja zur Begrenzungsinitiative, über die wir im Mai 2020 abstimmen werden, von grösster Wichtigkeit für unser Land.

*

Am 1. Mai 1996 kommt es im Rahmen der sogenannten «Nachdemo» in Zürich einmal mehr zu schweren Ausschreitungen – mit verletzten Personen und Sachbeschädigungen von rund 300'000 Franken. Die linke Aktivistin Andrea Stauffacher kann den vermummtem Krawallanten ungehindert «Anweisungen» per Mikrophon geben.

Und obwohl der «Revolutionäre Aufbau» wochenlang mit Flugblättern, Plakaten und in gewissen Medien zum Voraus zur «Nachdemo» aufgerufen und das Klima angeheizt hat, ist seitens der Behörden keine Reaktion erfolgt. Im Gegenteil: SP-Polizeivorstand Neukomm bewilligt für den Folgetag sogar eine erneute Demonstration – was einer Aufforderung

Die Linksaktivistin Andrea Stauffacher «in Aktion»

zu erneuten Gewalttaten und zum Landfriedensbruch gleichkommt.

Die SVP-Kantonsratsfraktion hat endgültig genug und stellt die folgenden Forderungen:

1. Die Strafen für Aufrufe zu gewalttätigen «Demos» sind drastisch zu verschärfen. 2. Das Vermummungsverbot ist vom Stadtzürcher Polizeivorstand konsequent durchzusetzen. 3. Chaoten sind mit der ganzen Härte des Gesetzes strafrechtlich und finanziell zur Rechenschaft zu ziehen. 4. Gegen Rädelsführer ist von Amtes wegen unverzüglich Strafanzeige zu erheben. 5. Rädelsführer sind in Präventivhaft zu nehmen. 6. Es braucht dringend einen Staatsschutz, der diesen Namen auch verdient.

In der Zwischenzeit ist der Staatsschutz mit dem neuen Gesetz, das zum Beispiel beim Verdacht auf terroristische Vorbereitungshandlungen die Telefonüberwachung, die Verwanzung von privaten Räumen und das Eindringen in Computersysteme ermöglicht, verbessert worden. Verhüllungen und Vermummungen im öffentlichen Raum werden bei Annahme der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», über die wir im Jahre 2020 abstimmen, endlich gesamtschweizerisch verboten.

(Fortsetzung folgt) *Hans Fehr*

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 80.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Donnerstag, 2. Januar 2020, 10.30 Uhr (Türöffnung 09.30 Uhr)

Berchtoldstag-Veranstaltung

Alt Bundesrat Christoph Blocher würdigt Schaffhauser Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz, anschliessend kleiner Imbiss.

BBC-Arena, Schweizersbildstrasse 10, 8200 Schaffhausen/SH

Veranstalterin: SVP des Kantons Schaffhausen / Eintritt frei

Büchertisch

BESTSELLER

Der Fluch des Guten

Wenn der fromme Wunsch regiert – eine Schadensbilanz

Alex Baur

Weltwoche-Autor Alex Baur stellt fest, dass «im Namen des Guten» fixe Meinungen und fixe Standpunkte immer mehr als Glaubensbekenntnisse denn als überprüfte Wahrheiten die Medien-Berichterstattung beherrschen. Wahrheitssuche wird, wo der Glaube Fakten verdrängt, immer schwieriger. Weil jenem, der Vorgegebenem nicht traut, rasch schlechte Gesinnung oder Schlimmeres vorgeworfen wird. Ein Buch, das eindrücklich belegt, wie freie Meinungsbildung und freie Rede zunehmend bedroht sind: Neuer Totalitarismus kündigt sich an.

Münster, Basel 2019, 344 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 23.75

Wer, wenn nicht ich

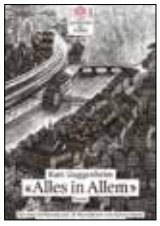
Henryk M. Broder

Das Buch entstand innerhalb von drei Monaten. Jedes Kapitel wurde ausgelöst durch eine Medienmeldung, die Broder spontan und gepfeffert kommentiert. Das Buch ist damit Abbild täglicher Informationsflut, der die Öffentlichkeit ausgesetzt ist in einem Europa, in dem Regierungen die Kontrolle verlieren, gegen Opposition nur noch polemisieren, aber blindlings am verderblichen Zentralisierungskonzept festhalten – zum Schaden Europas, der EU und jedes einzelnen Landes in Europa.

Achgut-Edition, Berlin 2019, 200 S., geb., (Richtpreis Fr. 54.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 51.30

SCHWEIZ

Alles in Allem

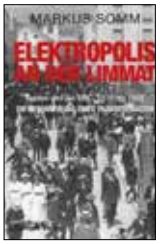


Roman

Kurt Guggenheim

Diese «Biographie der Stadt Zürich» im 20. Jahrhundert, von Kurt Guggenheim meisterhaft komponiert und ausgestaltet, ist vor nicht allzu langer Zeit vom Th. Gut-Verlag in neuer Aufmachung den Leserinnen und Lesern wieder zugänglich gemacht worden. Vielleicht schätzen nicht alle die neuen Illustrationen im Buch – aber Kurt Guggenheims durch Einzelschicksale und -personen sichtbar werdende Chronik von Zürich ist und bleibt ein Meisterwerk der Schweizer Literatur.

Th. Gut, Zürich 2018, 1'119 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 48.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 45.60



Elektropolis an der Limmat

Baden und die BBC, 1870 bis 1925 – Die Beschreibung einer Transformation

Markus Somm

Markus Somm, Publizist, früher Chefredaktor der «Basler Zeitung», ist Verfasser hervorragender historischer Darstellungen. Verwoben mit der Geschichte der BBC, von Brown Boveri also, schildert Somm die Entwicklung Badens von der beschaulichen, auch ein bisschen verruchten Bäderstadt zum modernen Industriezentrum. Auch mit diesem Buch ist Somm ein beeindruckendes Kapitel Schweizer Geschichte, die Geschichte ihrer Industrialisierung, gelungen.

Stämpfli, Bern. 2019, 735 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 90.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 85.50

Die dunkle Seite des Lichts

Survival Report

Oskar Freysinger

Nachdem dieses Buch vor Monaten bereits viele Käufer unter den «Schweizerzeit»-Lesern gefunden hat, weisen wir nochmals auf diese Chronik des Abschusses eines verdienten, profilierten, eigenständigen SVP-Politikers hin. Das Buch bietet ein Lehrstück dazu, wie machtversessene Mehrheiten mit einem SVP-Staatsrat umgehen, der sich dem das politische Geschehen beherrschenden Filz widersetzt. Vorgänge, die jeden bewegen, der die Demokratie lebt – und antidemokratische Machenschaften verurteilt.

Brinkhaus, Horw 2018, 370 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.55

Pierre Maudet – sein Fall

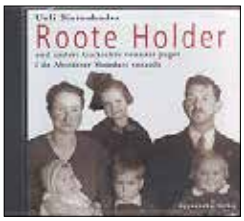
Philippe Reichen

Er wurde – von der FDP fast vergöttert – beinahe Bundesrat. Bis sich herausstellte, wie unverfroren der politische Komet Pierre Maudet mit der Macht umgeht, in die er sich versetzt sah als Genfer Regierungsrat – von den Medien als Alleskönner hochgejubelt. Ein eindrückliches Kapitel Schweizer Geschichte, den Niedergang einer einst selbstlos Verantwortung tragenden Partei zum Nährboden für Eigensucht und Machtgier illustrierend. Das Buch schildert zu den bereits bekannten Irrungen und Wirrungen des gefallenen Genfer Politsterns eindrückliche Weiterungen.

Stämpfli, Bern 2020, 192 S., geb., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 37.05

HÖRBUCH

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Roote Holder

ond anderi Gschichte vonnere Juget i de Altstätter Mundart verzellt

Ueli Bietenhader

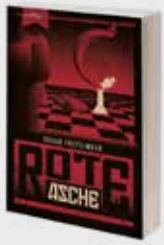
Eines der gelungenen Mundart-Hörbücher, wie sie der Appenzeller-Verlag in regelmässigen Abständen dem Publikum präsentiert. Wiederum lernt man einen eigenständigen, vielfältigen Wortschatz vermittelnden Dialekt kennen. Der Autor erzählt Geschichten aus seiner Jugend, wie sie Kinder damals erleben konnten, als in unserem Land noch nicht alles reglementiert, vielfach abgesichert, bürokratisch administriert und festgelegt war.

Das Hörbuch bietet beste Unterhaltung. Aber auch Einblick in eine Zeit, da starke, eigenständige Figuren, herangewachsen je in ganz besonderen, nie einfachen Verhältnissen, das Geschehen in der Schweiz kraftvoll in die Hand nahmen. Das Hörbuch vermittelt Erzählungen über Jugenderlebnisse damals – aber auch ein Stück Kulturgeschichte der Schweiz.

Appenzeller-Verlag, 1 CD, Laufzeit 70 Min., (Richtpreis Fr. 30.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 28.50

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksame Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Rote Asche

Ein Roman

Oskar Freysinger

Im Mittelpunkt dieses Romans steht ein Schachbrett. Darauf findet ein vielfältig verzweigtes Spiel über weite Zeiträume statt, das die im Buch vorgestellten Gestalten lebenslänglich bindet. Der Roman Freysingers spiegelt die Entwicklung der frühen Sowjetunion aus ihren dem Einzelnen gegenüber unbarmherzigen Anfängen bis zum Untergang der «klassenlosen Gesellschaft», symbolisiert durch den Fall der Berliner Mauer.

Wie Freysinger die Lebensbahnen der in seinem Roman dominierenden Figuren ineinander zu verweben versteht, ist schlicht als meisterhaft anzuerkennen. Es ist dem Walliser ein grosses Buch gelungen, das – weil Oskar Freysinger sich dem hier dominierenden Kulturapparat nicht beugt – für daran interessierte Leser nicht leicht auffindbar ist. Um so nachdrücklicher sei es den «Schweizerzeit»-Lesern zur Lektüre empfohlen. *us*

Oskar Freysinger: «Rote Asche – Ein Roman». Brinkhaus, Horw 2018, 262 S., brosch., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 33.15

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐ Alex Baur – Der Fluch des Guten **à Fr. 23.75**
☐ Henryk M. Broder – Wer, wenn nicht ich **à Fr. 51.30**

Schweiz

☐ Kurt Guggenheim– Alles in Allem **à Fr. 45.60**
☐ Markus Somm – Elektropolis an der Limmat **à Fr. 85.50**
☐ Oskar Freysinger – Die dunkle Seite des Lichts **à Fr. 27.55**
☐ Philippe Reichen – Pierre Maudet – Sein Fall **à Fr. 37.05**

Hörbuch

☐ Ueli Bietenhader – Roote Holder **à Fr. 28.50**

Buchzeichen

☐ Oskar Freysinger – Rote Asche **à Fr. 33.15**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(24/20.12.2019)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort Tel-Nr.

Datum Unterschrift

DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00 – 22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 20. Dezember 2019	**Stammtisch-Live**	**Jubiläumssendung 40 Jahre «Schweizerzeit»** Ulrich Schlüer im Gespräch mit Hans Scharpf und Hans Fehr
Freitag, 27. Dezember 2019	**Magazin**	**Lohnabzug für Alle – Gratisferien für Wenige – Vaterschaftsurlaub im Zwielicht** Ulrich Schlüer, Susanne Brunner, Nationalrätin Diana Gutjahr und Paul Mayer
Freitag, 03. Januar 2020	**Landmann-Talk**	**Sacha Wigdorovits – Ein Meister im Schachspiel der Medien!** Valentin Landmann im Gespräch mit Sacha Wigdorovits
Freitag, 10. Januar 2020	**Magazin**	**Die Schweiz: Bald linksgrüne Volksrepublik?** Aufzeichnung eines Vortrags von Ulrich Schlüer

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnat-Kappel

Freitag, 20. Dezember 2019 17.00 Uhr	**Stammtisch**	**Spontan – Schlagfertig – Treffsicher** Toni Brunner diskutiert mit einem Überraschungsgast
Freitag, 20. Dezember 2019 21.00 Uhr	**Stammtisch-Live**	**Jubiläumssendung 40 Jahre «Schweizerzeit»** Ulrich Schlüer im Gespräch mit Hans Scharpf und Hans Fehr

Die nächste «Schweizerzeit» erscheint am

17. Januar 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'399 (1. Sept. 2019)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Nichts gelernt

Gerade mal zwei Jahre ist das neue Nachrichtendienstgesetz in Kraft – und schon soll es wieder revidiert werden. Die Behörden wollen wieder mehr schnüffeln dürfen: Nicht mehr nur, wenn es gegen mutmassliche Terroristen und das organisierte Verbrechen geht, sondern auch gegen «politischen Extremismus».

Wir erinnern uns: Es erforderte im Abstimmungskampf umfassende Überzeugungsarbeit, um der Bevölkerung die Angst vor überbordenden Überwachungsmassnahmen zu nehmen. Nach dem Fichenskandal der 80er Jahre, der offenbarte, dass der Bund und die Kantone hunderttausende Bürger bespitzelt und überwacht hatten, leuchtete es wie ein Mahnmal am Horizont: Nie wieder sollen auf Schweizer Boden Menschen aufgrund einer «falschen Gesinnung» von Staat fichiert werden.

Der Bundesrat schwor hoch und heilig, der Nachrichtendienst (NDB) werde von den «bewilligungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen» nur zurückhaltend Gebrauch machen. Man bezifferte die Zahl der Fälle, in denen diese nötig würden, auf zehn bis zwölf pro Jahr. Aber um terroristische Aktivitäten wirksam bekämpfen zu können und nicht kapitulieren zu müssen, brauche man zwangsläufig die Kompetenz, bei akutem Verdacht auch in privaten Räumen zu überwachen und Spionagesoftware einzusetzen.

Das leuchtete ein, obwohl wir Bürgerlichen ganzheitliche Massnahmen zur Terrorprävention (verstärkte Grenzkontrollen, konsequente Ausschaffungen, Überwachung problematischer Moscheen) bis heute vermissen. Und so stimmte eine grosse Mehrheit des Souveräns für das neue Nachrichtendienstgesetz.

«Das Geschwätz von gestern» kümmert die Überwachungsfanatiker von heute allerdings nicht mehr. Die «NZZ am Sonntag» enthüllte, dass die Vorbereitungen, um künftig auch Links- und Rechtsextremisten und radikale Tierschützer verstärkt überwachen zu können, weit fortgeschritten sind. Die beabsichtigten Massnahmen greifen tief: Es geht um die Verwanzung privater Wohnungen und Häuser mit Video- und Audiogeräten, die Computerüberwachung mit Trojanern, Telefon- und Postüberwachung sowie die Ortung verdächtiger Personen.

Selbstverständlich dürfen Extremisten nicht verharmlost werden. Die entscheidende Frage ist aber: Wann wird jemand als Extremist eingestuft? . Schon heute sammelt der NDB nämlich viel zu viele Daten – sogar von eidgenössischen Parlamentariern. Verlangen Sie beim NDB einen Auszug, wie oft Ihr Name in den Akten auftaucht! Womöglich werden Sie staunen …

Anian Liebrand

Schluss Punkt